

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Bundestag will Menschen zur Organspende ermutigen

Debatte über Änderung des Transplantationsgesetzes – Entscheidungslösung statt Zustimmungslösung

Die Entscheidungslösung bei Organspenden wird nunmehr konkreter. An diesem Donnerstag begann die parlamentarische Beratung des Gesetzes zur Regelung der Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz, das gemeinsam von Abgeordneten aller Fraktionen eingebracht wurde. Alle Bürger sollen künftig offensiv nach ihrer Bereitschaft zur Organspende gefragt werden. „Es geht darum, unter welchen Voraussetzungen wir in der Transplantationsmedizin zu größerem Erfolg kommen“, sagte CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder in der Plenardebatte.

Die seit 1997 geltende Zustimmungslösung soll durch die sogenannte Entscheidungslösung ersetzt werden. Kauder wies auf die Dringlichkeit der Gesetzesänderung hin: „Es warten etwa 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan.“ Nierenkranke Menschen beispielsweise hoffen, dass sie mit einem neuen Spenderorgan endlich nicht mehr auf Dialyse angewiesen sind. Für viele ist ein Spenderorgan sogar lebensrettend. Niemand dürfe zu einer Organspende gezwungen werden, betonte Kauder. Er hoffe allerdings, dass sich aufgrund der Entscheidungslösung mehr Leute mit dem Thema auseinandersetzen würden. Die Entscheidung für oder gegen eine Organspende sei eine höchst persönliche Angelegenheit. Der Staat allerdings müsse „positiv“ um mehr Spender werben. Kauder machte gleichzeitig klar, dass es keinen Rechtsanspruch auf eine Organspende gebe. Insofern könne man nicht erwarten, dass es mit dem neuen Gesetz sprunghaft zu einem Anstieg der Organspenden kommen werde. Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung belegt allerdings, dass gut informierte Menschen der Organspende insgesamt positiver gegenüberstehen. Hier setzt der Gesetzentwurf an, indem die Bürger künftig über die Organspende besser informiert werden. So soll jeder in die Lage versetzt werden, sich mit der Frage seiner eigenen Spendenbereitschaft ernsthaft auseinanderzusetzen. Zudem soll jeder aus-

drücklich aufgefordert werden, freiwillig eine Entscheidung zur Organspende abzugeben. Dabei wird die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen nicht eingeschränkt. Mit dem Gesetzentwurf werden die allgemeinen Aufklärungspflichten im Transplantationsgesetz konkretisiert. So sollen die gesetzlichen Krankenkassen und die privaten Krankenversicherungen in einem ersten Schritt dazu verpflichtet werden, ihren Versicherten geeignetes Informationsmaterial zur Organspende zur Verfügung zu stellen. Auch sollen sie im Zusammenhang mit der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte oder mit der Beitragsmitteilung einen Organspendeausweis bereitstellen, auf dem man seine Entscheidung bezüglich der Organspendebereitschaft dokumentieren kann. Erstmals werden hierzu alle Bürger im Laufe des ersten Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes angeschrieben. Volker Kauder bedauerte, dass es derzeit noch nicht möglich sei, die Organspendebereitschaft auf der Gesundheitskarte zu dokumentieren. Dennoch sieht der Gesetzentwurf diese Möglichkeit vor, wenn die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Solange eine Speicherung der Organspendeerklärung auf der Gesundheitskarte noch nicht möglich ist, werden die Versicherten in einem regelmäßigen Abstand von zwei Jahren informiert und zur Abgabe einer Erklärung aufgefordert. Nach der Aufforderung im Jahre 2017 geschieht dies noch alle fünf Jahre. Ferner werden Bund und Länder verpflichtet, bei der Ausgabe von amtlichen Ausweisdokumenten wie Pass, Personalausweis oder Führerschein geeignetes Aufklärungsmaterial zur Organspende sowie einen Organspendeausweis zur Verfügung zu stellen. Mit dem Gesetz werden „Zeitpunkte und Orte der Entscheidung und der Diskussion über Entscheidung“ geschaffen, so der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn. Die „sehr offensichtliche Lücke“ zwischen der Bereitschaft der Bevölkerung zur Organspende und der Umsetzung dieser Bereitschaft in konkretes Handeln werde nun endlich geschlossen.

Kurznachrichten

„Elektrisch Blechle“ aus Baden-Württemberg

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag hat in dieser Woche in einer gemeinsamen Erklärung die Bewerbung des Landes als „Schaufenster Elektromobilität“ mit Nachdruck unterstützt. Bei den „Schaufenstern“ handelt es sich um umfassende, vom Bund geförderte Projekte, die das komplexe System Elektromobilität über alle Ebenen der Wertschöpfung hinweg demonstrieren und erproben sollen. Baden-Württemberg wirbt für eine Schaufenster-Region Stuttgart-Karlsruhe mit dem Projektnamen „LivingLab BWe mobil“. LivingLab BWe mobil besteht aus 41 Einzelprojekten und wird von einem Konsortium aus über einhundert Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Hand unterstützt. Ende des Monats wird eine unabhängige Jury etwa fünf der insgesamt 23 Bewerbungen als „Schaufenster“ vorschlagen. „In Baden-Württemberg ist das Auto erfunden worden. Wenn es jetzt neu erfunden wird, müssen wir wieder eine Führungsrolle übernehmen“, so der Vorsitzende der Landesgruppe Thomas Strobl. Das Land habe dabei beste Voraussetzungen: Große Automobilhersteller genauso wie starke Mittelständler. Zudem habe man Exzellenz in Forschung und Entwicklung und sei damit Treiber für Innovation. „Das 'elektrisch Blechle' muss das neue Markenzeichen fürs Ländle werden“, erklärte der Berichterstatter für die Elektromobilität der CDU/CSU-Fraktion im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags, Steffen Bilger. Dabei gehe es um Arbeitsplätze genauso wie um Umweltschutz: „Öko-Strom ist das Benzin von morgen“, betonte der Abgeordnete Andreas Jung, der als Beauftragter für Elektromobilität der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Wert auf die Verknüpfung der Elektromobilität mit der Nutzung von erneuerbaren Energien legte. Jetzt gelte es, dass alle gemeinsam für den Erfolg der Schaufenster-Bewerbung werben. Die CDU-Bundestagsabgeordneten würden dabei in enger Abstimmung mit den Mitgliedern der Bundesregierung vorgehen und die Bewerbung mit voller Kraft unterstützen. Dasselbe erwarteten sie auch von der Landesregierung insgesamt und von den dort zuständigen Ministern. „Es geht um eine wichtige Weichenstellung für Baden-Württemberg. Hier müssen alle an einem Strang ziehen“, so die Abgeordneten. Denn trotz der Stärke Baden-Württembergs sei ein Erfolg der Bewerbung kein Selbstläufer.

Agrarpolitischer Bericht 2011

An diesem Freitag wurde über den Agrarpolitischen Bericht 2011 der Bundesregierung debattiert. Dieser Bericht informiert alle vier Jahre über längerfristige Entwicklungen im Bereich der Landwirtschaft und der ländlichen Räume. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft ist unter Unionsministern in einem guten Zustand: Die Agrarbranche erzielte mit den ihr vor- und nachgelagerten Bereichen im Stichjahr 2009 rund 6,5

Prozent der Bruttowertschöpfung der deutschen Wirtschaft. Etwa 5 Millionen Menschen arbeiten in der Branche, die jeden vierten Euro im Export verdient. Bei steigenden Exportzahlen der Ernährungswirtschaft gehen ca. 80 Prozent der Ausfuhren ins EU-Ausland. Als große Herausforderungen beschreibt der Bericht die hoch schwankenden Rohstoffmärkte und steigenden Rohstoffpreise, den Klimawandel und die Bewältigung des Hungerproblems in armen Ländern. Leistungsfähige, wettbewerbsorientierte Familienbetriebe prägen das Bild der deutschen Landwirtschaft, besonders auch in Baden-Württemberg. Die EU-Direktzahlungen, die einen großen Anteil am Gewinn eines landwirtschaftlichen Betriebs haben, betragen 2012 für Baden-Württemberg ca. 309 Euro/ha. Das Einkommen der Baden-Württemberger Landwirtschaftsbetriebe lag im Wirtschaftsjahr 2009/2010 durchschnittlich bei ca. 30.000 Euro. Durch die regional sehr unterschiedliche Verteilung von Betriebsgrößen und Betriebsformen ergeben sich deutschlandweit große regionale Einkommensunterschiede. Arbeiten in Baden Württemberg im Haupterwerb 4,3 Arbeitskräfte pro 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, so sind es in Mecklenburg-Vorpommern nur 1,1. In Baden-Württemberg gab es 2010 rund 45.000 landwirtschaftliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe. Durchschnittlich bewirtschafteten diese Betriebe eine Fläche von 31,7 Hektar. Die politisch größte Herausforderung der kommenden zwei Jahre wird allerdings die Gestaltung einer Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2013 sein. Das bisherige Zwei-Säulen-Modell, das einerseits Direktzahlungen umfasst und andererseits auf Programmen zur Entwicklung der ländlichen Räume, Umweltmaßnahmen und Ausgleichszulagen basiert, soll modifiziert beibehalten werden.

Neuer Bundespräsident im Bundestag vereidigt

An diesem Freitag kamen zu Beginn der Plenartagung Bundestag und Bundesrat zu einer gemeinsamen Sitzung zur Vereidigung des am 18. März gewählten Bundespräsidenten zusammen. Die Bundesversammlung hat am vergangenen Sonntag mit überwältigender Mehrheit Joachim Gauck zum elften deutschen Bundespräsidenten gewählt. Es war das 15. Mal seit 1949, dass dieses Gremium zusammentrat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert Joachim Gauck zu seiner Wahl und wünscht ihm Glück für seine Amtszeit und Gottes Segen.

Zitat:

«Alles hat seine Zeit. Jetzt ist die Zeit für Herrn Gauck.»

(Unions-Fraktionschef Volker Kauder am Samstag auf die Frage, warum die Union Joachim Gauck nun unterstütze.)

In eigener Sache

23.03.2012 BOGY-Praktikant bei Josef Rief in Berlin

Am Montagmorgen begann Jonathan Kley, Schüler des Bischof-Sproll-Bildungszentrums aus Biberach, sein Praktikum im Berliner Büro des Abgeordneten Rief. Zunächst musste er seinen Bundestagsausweis beantragen, um Zutritt zu allen Gebäuden zu haben. Nach der Mittagspause ging es zu einem Kongress der CDU/CSU über „Russland nach den Wahlen“, in dem auch einige russische Politiker und Zuhörer vertreten waren. Der Kongress dauerte noch den ganzen ersten Tag an. Am Dienstag hat Jonathan morgens Herrn



Rief und seinen Mitarbeiter Jan Rose zur Arbeitsgruppensitzung für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begleitet. Nachmittags war er dann in einem Kongress zur deutsch-amerikanischen Beziehung und um 15.00 Uhr in der Fraktionssitzung der CDU/CSU. Der dritte Tag hat mit einer öffentlichen Anhörung begonnen. Später, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wurden neue Gesetzesanträge vorgestellt und diskutiert. Mittags gab es erneut einen Kongress der Unionsfraktion, diesmal zum Thema „Stabile Rahmenbedingungen für Industrie und Arbeitsplätze in Deutschland“, in dem auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Rede gehalten hat. Am Donnerstagmorgen konnte Jonathan für eine Stunde auf der Besuchertribüne eine Plenarsitzung im Reichstag verfolgen. Am Freitag erlebte er das seltene Ereignis der Vereidigung des neuen Bundespräsidenten Joachim Gauck mit und damit endete eine aufregende und ereignisreiche Praktikumswoche in Berlin.

21.03.2012 Verband kinderreicher Familien

Mit Vertretern des Verbandes kinderreicher Familien in Deutschland sprach Josef Rief am Mittwoch über die Familienpolitik der Union im Bundestag und weitere Möglichkeiten die Anreize für Familien zu erhöhen sich auch für ein zweites, drittes und viertes Kind zu entscheiden. Josef Rief, der selbst drei Kinder hat, setzt sich in seiner Partei seit langem für die Verbesserung der Situation kinderreicher Familien ein.



Auf dem Foto (v.l.n.r.): Josef Rief, Manuela-Franziska von Schoenaich-Carolath, Thomas Franke (Vorstandssprecher des Verbandes)

19.03.2012 Josefstag in Bad Schussenried

Am Josefstag feierte Josef Rief mit vielen anderen Josefs und Josefinen seinen Namenstag in Bad Schussenried. Der jährliche Josefstag in der Schussenrieder Brauerei wird von Brauereibesitzer Jürgen Josef Ott und dem Schussenrieder Josefsverein veranstaltet, der inzwischen über 700 Mitglieder zählt. Auf dem Foto sehen Sie Josef Rief mit Josef Vögele, dem Leiter des Josefschors, der jährlich aus den Anwesenden zusammengestellt wird (Foto: R. Halle, Wochenblatt).

